

# HANDWERK SAGT NEIN ZUM EU-DIENSTLEISTUNGSPAKET UND FORDERT STELLUNGNAHME DER REGIERUNG!

*Die EU-Kommission ist nach Ansicht des Handwerks wieder einmal dabei, die Axt an die Fundamente der Handwerksordnung zu legen. Das sogenannte „Dienstleistungspaket“, das Anfang Januar von der Kommission lanciert wurde, stößt in der Tat beim Handwerk auf harsche Kritik*

Die luxemburgische Regierung und insbesondere das Wirtschaftsministerium, das sich im Rahmen des jüngst unterzeichneten „Pakt PRO Artisanat“ zum Modell Handwerk mit seinen Berufsanforderungen und Zulassungskriterien bekannte, werden diese Kritiken hoffentlich teilen und eine entsprechende Position in Brüssel beziehen.

## **Kommissionsvorstoß rechtlich bedenklich**

In einem wie in 1.000 Worten: Das Handwerk hält das EU-Dienstleistungspaket für überflüssig und gefährlich. Die Initiative widerspricht den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität und vor allen Dingen europäischem Recht, da die Kommission für die visierten Bereiche keinerlei Zuständigkeit hat! Dementsprechend sieht das Handwerk darin die Weiterführung der langjährigen neoliberalen Bemühungen aus Brüssel, Handwerksordnung und Meisterbrief und - als „Kollateralschaden“ das duale Ausbildungssystem - abzuschaffen. Daran ändern auch die anderslautenden Beteuerungen aus Brüssel nichts!

Worum geht es? Die Europäische Kommission hat Anfangs des Jahres ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das es Unternehmen und Freiberuflern erleichtern soll, grenzüberschreitend für rund 500 Millionen potentielle EU-Kunden Dienstleistungen in ganz Europa zu erbringen. Wieder einmal soll die Abschaffung aller realen und auch nur denkbaren Hemmnisse neue Wachstumsimpulse geben und zugleich Verbrauchern, Arbeitssuchenden und Unternehmen helfen. So zumindest die theoretischen Absichtserklärungen der Kommission. Dabei kann es der Kommission nicht schnell genug gehen, schließlich sollen die Maßnahmen noch unter maltesischer Präsidentschaft besiegelt werden, sprich noch vor dem Sommer.

## **Jeden Tag kommen 6.000 ausländische Handwerksbetriebe nach Luxemburg: Wie offen muss man noch werden!**

Um gleich eines klarzustellen: Das Handwerk spielt hier nicht die protektionistische Karte! Anders wären die jährlich rund 6.000 ausländischen Bauunternehmen (im Vergleich zu rund 3.500 einheimischen) die hierzulande tätig sind nämlich eben so wenig erklärbar wie die Tatsache, dass etwa 40% der Niederlassungsgenehmigungen auf den EU-Äquivalenzbestimmungen zur beruflichen Qualifikation beruhen.

Eine neue elektronische Dienstleistungskarte soll die bisherigen Verwaltungsformalitäten ersetzen, indem seitens des Herkunftslandes sämtliche erforderlichen Informationen geprüft und an den Aufnahmestaat weitergeleitet werden. Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung der nationalen Vorschriften für freiberuflich erbrachte Dienstleistungen soll eingeführt werden, da nach Ansicht der EU-Kommission durch übermäßig umständliche und nicht mehr zeitgemäße Vorschriften qualifizierten Bewerbern der Zugang zu Berufen unverhältnismäßig erschwert werde. Dies wirke sich auch zum Nachteil der Verbraucher aus. Auch sollen Leitlinien für nationale Reformen bei der Reglementierung dafür sorgen, dass eventuell bestehende Auflagen mit den erklärten nationalen Zielen vereinbar sind. Schließlich soll ein verbessertes Meldeverfahren für Entwürfe nationaler Rechtsvorschriften für Dienstleistungen eingeführt werden, damit Brüssel und die anderen Mitgliedstaaten etwaige Bedenken aufgrund möglicher Unvereinbarkeiten mit dem EU-Recht bereits in einem frühen Stadium geltend machen können.

Laut Brüssel ginge es vorrangig darum, den EU-Binnenmarkt zu verbessern. An bewährten Berufsordnungen in den Ländern, wie etwa der Handwerksordnung oder dem Meisterbrief, wolle man nicht rühren, heißt es immer wieder aus Brüssel.

**Nationale Schutz- und Kontrollrechte sollen abgeschafft werden**

Das Handwerk sieht das - wie gesagt - entschieden anders. Der bestehende Rechtsrahmen im Bereich der Berufsreglementierung ist einmal völlig ausreichend, darüber hinaus greift der Vorschlag tief in die Souveränität der EU-Mitgliedstaaten ein. Durch die angedachte Dienstleistungskarte werden bestehende Schutz- und Kontrollrechte der Nationalstaaten de facto abgeschafft. Anstatt eine neue Maßnahme wäre hier eine ordentliche Umsetzung des gestehenden Rahmens insbesondere im Zusammenhang mit der Entsenderichtlinie von Nöten.

Das vorgeschlagene Dienstleistungspaket ist demnach nur ein weiterer Schritt in Richtung Deregulierung. Was angedacht war (so zumindest die offizielle Darstellung), um in einigen wenigen Bereichen für erleichterte grenzüberschreitende Aktivitäten zu sorgen, riskiert auch das Handwerk und seine Strukturen zu treffen. Letztes Jahr erst hatte der hiesige Wirtschafts- und Sozialrat das Handwerk und insbesondere sein Niederlassungsrecht mit den darin enthaltenen Qualifikationsanforderungen als lobendes Beispiel hervorgehoben und die damit zusammenhängenden Vorzüge unterstrichen (Stabilität der Unternehmen, Langlebigkeit, Qualität der Dienstleistung, Lehre und Ausbildung).

**Sozial- und Sicherheitsstandards sollen ausgehebelt werden**

Die Dienstleistungskarte soll zuerst einmal im Baugewerbe Anwendung finden. Allerdings wird sie die bestehenden Hindernisse nicht beheben, welche eher technischer oder sozialer Art sind. Unsere hohen Standards sind vielen Mitbewerbern und Brüsseler Lobbyisten ein Dorn im Auge. Die Dienstleistungskarte könnte ihrerseits die sowieso zu geringen Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten der Behörden weiter aushebeln. Für ein bisschen mehr Angebot und Wettbewerb riskieren wir also hohe Sozial- und Sicherheitsstandards, von Verbraucherschutz, Garantieansprüchen und Nachhaltigkeit gar nicht zu sprechen.

Die Zielländer haben in Zukunft kaum noch eine Chance zu kontrollieren, ob beispielsweise Rechte von Arbeitnehmern aus dem Ausland eingehalten werden. Die Entsendung von Arbeitnehmern riskiert vollständig unter die Räder zu kommen. Die Unterscheidung zwischen Einzelselbständigen und Scheinselbständigen ist bereits jetzt schwierig genug, in Zukunft wird sie völlig unmöglich sein! Wenn alle Unterlagen sich im Heimatland befinden, ist jedwede Kontrolle illusorisch. Sollte der Kommissionsvorschlag durchgehen, so ist dies ein Einfallstor für alle möglichen windigen Geschäftsleute.

In politisch schwierigen Zeiten sollte Brüssel bemüht sein, dass es den Menschen mit der EU besser geht und nicht anders herum. Technische Standards, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, Scheinselbständigkeit, Unterwanderung der Ausbildungsleistung der Handwerksbetriebe, welcher Gefahren bedarf es noch, um ein Umdenken seitens der europäischen Politik zu argumentieren? Was muss passieren, damit die hiesige Politik aufschreckt und dem Spuk ein Ende bereitet?

Der Kommissionsvorschlag darf nach Ansicht des Handwerks nicht dazu genutzt werden, Sozialstandards im Erbringungsland zu unterlaufen und damit das Herkunftslandprinzip durch die Hintertür einzuführen! Am besten wäre, das Kommissionspaket gleich wieder einzupacken und ins Herkunftsland zurückzuschicken, nach Brüssel, um genau zu sein!

In Deutschland hat die Diskussion auf politischem Niveau inzwischen einiges bewirkt. Vor kurzem haben Bundestag (Parlament) und Bundesrat (Länder) eine so genannte Subsidiaritätsrüge gegen das Dienstleistungspaket der Kommission erhoben und sich damit gegen deren Eingriffe in die Kompetenzen Deutschlands gewehrt. Erheben mehrere Mitgliedsländer der Europäischen Union eine solche Rüge, muss die EU-Kommission ihr Vorhaben nochmals prüfen. Warum folgt unser Parlament nicht dem deutschen Beispiel und stellt sich vor das Handwerk und deren Qualitäts- und Sozialstandards?

# L'ARTISANAT DIT NON AU « PAQUET SERVICES » ET DEMANDE AU GOUVERNEMENT DE PRENDRE POSITION

*Avec le « Paquet services », qui vise à éliminer toutes entraves à la libre circulation de services sur le marché européen, la commission européenne a lancé ce janvier une nouvelle attaque contre le droit d'établissement dans l'artisanat. L'artisanat luxembourgeois voit cette initiative d'un œil particulièrement critique. Gageons que le gouvernement et le ministère de l'économie, qui vient de réitérer son soutien au modèle artisanal luxembourgeois dans le cadre du « Pakt PRO Artisanat » prendra les positions adéquates au niveau européen pour défendre les intérêts PME luxembourgeoises.*

Le « Paquet services », tel que proposé par la commission européenne, risquera effectivement de vider de sa substance aussi bien le droit d'établissement avec ses exigences en termes de qualifications que le respect d'importantes clauses sociales dans le cadre du détachement des salariés.

## **Question de légalité ?**

L'artisanat luxembourgeois considère que cette nouvelle initiative dirigée contre le code artisanal, le brevet de maîtrise et finalement contre la formation en alternance aura, si elle devait aboutir, des répercussions très négatives sur le secteur. Par ailleurs, en ce qui concerne le niveau légal, l'organisation de l'artisanat considère que l'initiative ne répond ni au principe de proportionnalité ni au principe de subsidiarité dans un domaine qui, de toute façon, n'est pas de la compétence de l'UE mais l'affaire des états membres.

## **Dans la construction 6.000 entreprises étrangères passent la frontière luxembourgeoise**

Le rejet du paquet services par la Fédération des Artisans n'est certainement pas motivé par des considérations protectionnistes. Rien que dans le secteur de la construction, 6.000 entreprises étrangères reçoivent

chaque année l'autorisation de prêter leurs services sur le territoire luxembourgeois (en comparaison avec les 3.500 entreprises luxembourgeoises actives dans ce secteur) et 40 % des autorisations d'établissement dans l'artisanat se font sur base des règles d'équivalence. L'artisanat luxembourgeois est donc de fait un secteur extrêmement ouvert au sein duquel le marché unique fonctionne à merveille.

Selon l'initiative de la commission une carte électronique remplacera dorénavant toutes les formalités administratives et ce sera le pays d'origine de l'entreprise qui procédera aux contrôles afférents et non plus le pays dans lequel la prestation sera effectivement effectuée.

Bruxelles affirme évidemment que le but de l'initiative est celui de renforcer le marché unique et non pas de s'immiscer dans les régimes des professions des états membres.

La Fédération des Artisans a cependant du mal à croire à la bonne volonté de la commission dans ce domaine. Le cadre légal en matière d'accès aux professions réglementées est suffisamment clair et flexible et cette nouvelle initiative de la commission viendra impacter profondément la souveraineté des états membres. La carte digitale préconisée par la commission européenne ne

